



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/8 - 10.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Steuerpolitik in der Wahlvorbereitungszeit	S. 1
Bagatellisierter Regierungswechsel	S. 3
Bodengewinn MacArthurs	S. 4
"Journalistische Überzeugung" (Glosse)	S. 5

Wahlpolitische Steuersenkung ?

(sp) Jahr für Jahr hat die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag eine grundlegende Steuerreform gefordert. Es war vergeblich. Es blieb bei dem Steuersystem, das die größte Last den kleinen und mittleren Einkommen aufbürdet. Jetzt, angesichts des näherrückenden Wahltermins, haben sich Regierung und Koalitionsparteien entschlossen, mit einer eng begrenzten Steuersenkung, bei Beibehaltung des bisherigen Steuersystems, den Anschein zu erwecken, "so sozial wie möglich zu sein", wie es der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von 1949 versprach, dann aber bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt jene für jeden Bürger spürbare Politik führte, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden ließ.

Die Nichtauszahlung der vom Bundestag vor Weihnachten beschlossenen Rentenerhöhungen und die Absicht die Subventionen für das Konsumbrot zu streichen, lagen ganz auf der Linie dieser Politik, über deren "sozialen" Gehalt die Wähler in einigen Monaten ihr Urteil abgeben werden. Dieses Urteil wird nicht mehr dadurch beeinflusst werden, daß die Koalition nun eine 10-15prozentige Senkung der Steuersätze für die kleinen und mittleren Einkommen vorbereitet. Die Regierung selbst hat diese Senkung als eine rein wahlpolitische und wahrscheinlich von ihr aus auch auf die Wahlmonate beschränkte Aktion gekennzeichnet, indem sie noch in diesen Tagen gegen die Auszahlung der Rentenerhöhung und gegen

die Subventionierung des Konsumbrottes mit dem Argument operierte, es sei keine Deckung vorhanden. Für die wahlpolitische Steuersenkung auf Zeit soll die Deckung offenbar als gegeben angesehen werden.

Der Bundesfinanzminister weiß, soweit das bei der diskreten Vorbereitung des Manövers zu erfahren ist, auch schon wie. Zum einen bedeutet das Nichtinkrafttreten des EVG-Vertrages, daß im neuen Haushaltsplan beachtliche Reserven enthalten sind - es sei denn, der Finanzminister wollte durch Einsetzung des vollen, nur bei Inkrafttreten des Vertrages möglichen Betrages den Alliierten einen Anreiz für erhöhte Anforderungen an Besatzungskosten geben. Das aber nehmen wir nicht an. Zum anderen sollen die Länder die wahlpolitische Steuersenkung tragen, indem sie ihre Abgaben an den Bund auf 40 Prozent ihres Einkommens und Körperschaftsteueraufkommens erhöhen. Natürlich geht das nur auf Kosten der Leistungsfähigkeit der Länder gegenüber ihren eigenen Verpflichtungen. Und es geht nur durch eine weitere Einschränkung der im Artikel 109 des Grundgesetzes vorgesehenen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder in der Haushaltswirtschaft.

Auf einem der vielen möglichen Umwege werden die Steuerzahler in jedem Fall das in Vorbereitung befindliche Wahlgeschenk zurückzugeben haben. Ob nun Subventionen gestrichen werden, den Ländern ihre Leistungsfähigkeit eingeengt wird, ob sonstige bisher vorgesehene Senkungen von Verbrauchssteuern ausbleiben oder ein anderer Weg in der gleichen Richtung beschritten wird, das bleibt sich gleich. Eine wirkliche Entlastung der Steuerzahler läßt sich nun einmal nicht mit einer, "kleine Tarifreform", genannten 10-15prozentigen Senkung einzelner Steuersätze erreichen, sondern nur durch eine grundlegende Reform des Steuersystems, wie sie u.a. von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Koch mehrmals im Bundestag verlangt worden ist.

Wenn Schäffer seine wahlpolitische Steuersenkung im Zusammenhang mit dem neuen Haushaltsplan dem Bundestag vortragen sollte, wird der Zeitpunkt gekommen sein, eine solche Reform, unabhängig von allen Wahlspekulationen, erneut zu verlangen. Dann wird sich einmal mehr zeigen, was dieses "so sozial wie möglich" der Regierung Adenauer in Wahrheit bedeutet.

+ + +

Erhöhte Wachsamkeit

(sp) Bonn sei vielleicht die einzige Hauptstadt der Welt, in der die Meinung vertreten werde, der Wechsel von Schuman zu Bidault sei eine Garantie der Fortsetzung der Politik Schumans. Auch Äußerungen aus der CDU zeigten, daß die offiziellen Kreise in Bonn alles aufbieten, um den Eindruck abzuschwächen, daß der Wechsel in Paris die Vollendung der EVG gefährde. In politischen Kreisen Bonns werde dieses offizielle Bagatellisieren einer Krise nicht verstanden. So die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 10. Januar.

"Die Welt" von gleichen Tage arbeitet deutlich den Unterschied zwischen Schuman und Bidault heraus und kommt dann zu den Feststellungen, bei Abstrichen an der nationalen Souveränität zugunsten einer höheren europäischen Einheit dürften die deutschen Verzichtete "auch nicht ein Gran mehr wiegen als die Zugeständnisse, die die anderen Mitgliedstaaten auf sich zu nehmen bereit sind". Auch bei einer Alternative zum EVG-Vertrag, etwa in der Form einer militärischen Koalition dürfe ein solches Abkommen die Bundesrepublik keinen anderen Beschränkungen unterwerfen als ihre Partner. Werde der unterzeichnete Vertrag vor seiner Ratifizierung revidiert, dann dürfe das nur in der Richtung der vollständigen Gleichberechtigung Deutschlands und nicht etwa des Gegenteils geschehen.

Die Feststellungen beider Zeitungen sind zu begrüßen. Der Kanzler-Optimismus unter allen Umständen, der nicht sehen oder zumindest nicht aussprechen will, was ist, wird doppelt widerlegt. Wenn "Die Welt" freilich außerdem schreibt, diese Dinge hätte man bei einem klugen und behutsamen Partner wie Schuman nicht so derb herauszusagen brauchen, wie das bei seinem Nachfolger jetzt nötig werden könnte, so trifft das nach unserer Auffassung nicht zu. Gerade die rechtzeitige Bestimmtheit in der Vertretung des eigenen Standpunktes schon einem Manne wie Schuman gegenüber hätte vielleicht die Schwierigkeiten vorverlagert, aber eine Situation vermeiden helfen, wie sie jetzt entstanden ist. Die Franzosen sind jetzt mit der Forderung nach weitgehenden Zusatzprotokollen gekommen. Der Kanzler hat sich davon befriedigt gezeigt und sinngemäß gesagt: Gut, umso begründeter werden dann unsere eigenen Wünsche vorgetragen werden können. Das werde nur die Sache erleichtern. Auch dies ist ein Irrtum, denn er kann schließlich nicht übersehen, daß der Inhalt der französischen Zusatzwünsche dem der deutschen zuwiderläuft und daß sich daraus gerade die Hauptschwierigkeit ergeben wird.

Der Wechsel von Schuman zu Bidault i s t eine neue schwere, vielleicht die entscheidende Krise für das EVG-System. Man kann das bedauern oder auch die Hoffnung haben, es werde sich daraus etwas Vernünftigeres entwickeln lassen, als das, was nun gefährdet ist. Ernsthaft leugnen kann man die Krise nicht.

+ + +

Amerikanische Blockade gegen China ?

-f-. Die Wähler Eisenhowers erwarten von dem kommenden Präsidenten auf keinem außenpolitischen Gebiet so sehr einen sichtbaren Erfolg wie auf dem der Fernostpolitik. Das republikanische Trommelfeuer gegen die Regierung Truman hat aus den amerikanischen Fehlschlägen im Fernen Osten die schärfsten außenpolitischen Waffen bezogen. Mit dem Siege des Generals Eisenhower hat auch der General MacArthur wieder gefährlich an politischem Gewicht gewonnen und leider ist er ein miserabler Politiker. Aber manche Anzeichen sprechen dafür, daß er seinen Krieg gegen China dennoch bekommt, wenn er ihn auch nur aus der Ferne als Aufsichtsratsvorsitzender eines Büromaschinenkonzerns miterleben wird. Vorerst soll es nur ein Wirtschafts- und Blockadekrieg gegen China sein, falls der "umfassende Fernostplan Eisenhowers", von dem nun in Washington so viel die Rede ist, in die Tat umgesetzt wird. Wo solche Blockadekriege enden, läßt sich aus der Geschichte leicht ablesen.

Für die Wahrscheinlichkeit, daß Eisenhower sich für diese Form der Kriegführung gegen China entscheidet, sprechen eine ganze Reihe von Gründen. Er wird sich gezwungen fühlen, nach den lauten Versprechungen des Wahlkampfes nun irgendetwas gegen das kommunistische China, das in den koreanischen Krieg eingegriffen hat, zu unternehmen. Ein Blockadekrieg wäre sehr populär, da er Sache der ziemlich untätigen amerikanischen Pazifikflotte wäre und zumindest vorerst den höchst unpopulären Einsatz amerikanischer Soldaten auf dem chinesischen Festland unnötig machen würde. Da diese Blockade gekoppelt werden soll mit einer Invasion Tschiang Kai-scheks gegen die chinesische Küste, verspricht man sich eine fühlbare Entlastung in Korea.

Was mag vom militärischen Standpunkt aus zutreffen. Wie aber sehen die Dinge vom politischen Blickwinkel aus ? Es ist wohl unbestreitbar, daß diese Verschärfung der amerikanischen Fernostpolitik China noch stärker an die Seite Moskaus zwingt, als das bisher schon der Fall ist. Ebenso unbestreitbar ist, daß eine sinnvolle Fernostpolitik versuchen sollte, diese Bindung zu lockern. Das erfordert Geduld, und Geduld steht heute in Amerika niedrig im Kurs. Und es erfordert Planung auf weite Sicht, während Washington nach kurzfristigen Erträgen zu trachten scheint. Es mag sein, daß Europa zu schwach ist, die republikanische Regierung von ihrem China-Kurs abzubringen. Aber es ist notwendig, ihr klarzumachen, daß Europa ihn für falsch und verhängnisvoll hält.

Journalistische Überzeugung

In einer auch im Auslande recht angesehenen deutschen Zeitung in der Bundesrepublik berichtete kürzlich der London-Korrespondent über den englischen Journalismus. Unterstellen wir die Richtigkeit der Darstellung, dann ist dies die Quintessenz: Beschäftigung etwa an einer konservativen Zeitung, schließt die sozialistische Überzeugung des betreffenden Redakteurs nicht aus. Gemeint ist das offenbar zunächst im positiven Sinne, daß auch einmal eine andere Meinung als die der grundsätzlichen Richtung des Blattes in der Zeitung selbst zum Ausdruck kommt, aber auch in dem sehr fragwürdigen Sinn des "ich kann schreiben rechts, ich kann schreiben links". Es wird das Beispiel des Chefredakteurs einer führenden konservativen Londoner Sonntagszeitung angeführt, der allgemein als Sozialist bekannt sei, "ohne daß jemand ihm oder dem Verleger daraus einen Vorwurf macht". Die politische Richtung der Zeitung habe mit der politischen Richtung der für sie arbeitenden Journalisten (nach dem Bericht offenbar auch der Leitartikler und Kommentatoren) nichts zu tun.

Freimütig wird zugestanden, daß dieses System sicher manchen Nachteil habe. Es ist nicht unsere Aufgabe, daran groß Kritik zu üben, schließlich haben die Engländer eine Zeitungstradition, mit der sich die Deutsche nicht messen kann. Aber es wird eine Erinnerung wach aus der Zeit der Arbeit an einer der ersten britisch-lizenzierten Zeitungen in Westdeutschland. Ein politisch ebenso munterer wie journalistisch unerfahrener Sergeant achtete wie ein Wachhund auf die peinliche Trennung von Nachricht (1. Seite) und Meinung (2. Seite). Dies und nicht etwa die Übereinstimmung von Überzeugung und Niederschrift war ihm nach seinem Auftrag Maßstab für politische Sauberkeit in der Zeitung. (Zu Weihnachten hatte man eine mit festlichen Emblemen geschmückte erste Seite mit der Schlagzeile vorgesehen: "Christ ist erstanden". Was den Sergeant - 1. Seite Nachricht, 2. Seite Meinung - zu der knurrigen Bemerkung veranlaßte: If it is a news, it is not the latest - zu deutsch: Wenn das 'ne Nachricht sein soll, die neueste ist es nicht.) - Bei aller Achtung vor dem britischen System - ein bißchen angewandte politische Überzeugung kann vielleicht auch dem tüchtigsten und vivsten Journalisten nichts schaden.

-u